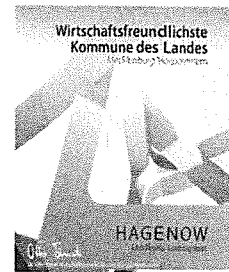




# Stadt Hagenow



## Niederschrift

### 8.Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Handwerk, Gewerbe und Tourismus

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 05.11.2015, 18:15 Uhr
<b>Raum, Ort:</b>	Raum 206, Lange Straße 28-32, 19230 Hagenow
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:15 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:00 Uhr

---

#### Anwesenheit

#### Anwesende:

##### Vorsitz

Frau Helga Lagemann - SPD

##### Mitglieder des Gremiums

Herr Gert-Dieter Schlink - CDU

Frau Beate Schmülling - CDU

Vertretung für: Herrn Dietmar Speßhardt

Herr Steffen Strauß - CDU

Frau Gabriele Bahr - DIE LINKE

Herr Frank Kowallek - DIE LINKE

Herr Klaus Palletschek - DIE LINKE

Frau Britta Heinrich - SPD

##### Verwaltung

Herr Roland Masche - Wirtschaftsförderer/Controller

##### Gäste

Herr Bernd Holter – Leiter Breitbandkompetenzzentrum MV

---

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung bzw. Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 3 Billigung der Sitzungsniederschrift vom 17.09.2015
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Information zur Förderung des Breitbandausbaus in M-V und Möglichkeiten für Hagenow, Bernd Holter, Breitbandkompetenzzentrum M-V
- 6 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 7 Schließung des öffentlichen Teils

### **Nichtöffentlicher Teil:**

- 8 Abwicklung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils
- 9 Beratung zum Haushaltssicherungskonzept
- 10 Information der Verwaltung
- 11 Schließung der Sitzung

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Lagemann, Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest und weist abschließend auf die Tonaufzeichnung der Sitzung zu Protokollzwecken hin.

#### 2. Genehmigung bzw. Änderungsanträge zur Tagesordnung

Herr Strauß stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt Billigung der Sitzungsniederschrift vom 17.09.2015 von der Tagesordnung zu nehmen, da er noch nicht im Besitz eines Tablets ist und ihm so das Protokoll nicht zugänglich war. Weitere Änderungen bzw. Ergänzungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

Frau Lagemann stellt den Antrag zur Abstimmung. Dieser wird mit Fünf Ja- Stimmen angenommen. Die geänderte Tagesordnung ist somit beschlossen.

#### Abstimmungsergebnis:

5	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	3	Enthaltungen
---	------------	---	--------------	---	--------------

#### 3. Billigung der Sitzungsniederschrift vom 17.09.2015

entfällt

#### 4. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner anwesend.

#### 5. Information zur Förderung des Breitbandausbaus in M-V und Möglichkeiten für Hagenow, Bernd Holter, Breitbandkompetenzzentrum M-V

Herr Holter als Leiter des Breitbandkompetenzzentrums stellt an Hand der in der Anlage aufgeführten Präsentation die Rahmenbedingungen für den Breitbandausbau auf Bundes- und Landesebene vor. Ziel ist eine flächendeckende Internetversorgung

mit Übertragungsgeschwindigkeiten von 50 Mbit. Diese wird in MV auf 70 % der Fläche nicht erreicht. Bezogen auf die Bevölkerung haben wir in Mecklenburg-Vorpommern eine 50%ige Abdeckung mit 50 Mbit Übertragungsraten, da dieser Bevölkerungsanteil in den Städten lebt, wo die großen Anbieter wie Telekom und Kabel Deutschland aus Eigeninteresse diese hochwertige Infrastruktur zur Verfügung stellen. In den ländlichen Gebieten gibt es bei Einwohnerdichten von 20 bis 22 Einwohner pro km<sup>2</sup> ein Marktversagen, was aus beihilferechtlicher Sicht eine subventionierte Förderung erlaubt. Damit soll in Richtung der im Grundgesetz verankerten gleichwertigen Lebensverhältnisse von Stadt und Land gewirkt werden. Der Bund hat nunmehr eine Förderrichtlinie erlassen für ein Fördermittelvolumen von ca. 2,8 Mrd. €. Die einzelnen Fördertranchen haben eine Obergrenze von je 10 Mio. €. Daraufhin wurde das Land M-V in 74 Projektgebiete im Ergebnis eines Markterkundungsverfahrens eingeteilt. Die Förderung des Bundes erfolgt als Kofinanzierung. Der Bund ist bereit 50 % - 70 % zu übernehmen, die Länder 40 % - 20 %. Der Eigenanteil der Kommunen soll sich mindestens auf 10 % belaufen. Die Kommunen können keine Anträge direkt beim Bund stellen, sondern nur über den Landkreis und das Land, da diese auch bereit sein müssen das Projekt finanziell zu begleiten. Die Aufbereitung des Projektes und Förderantrages ist schwierig und kann von den Gebietskörperschaften i.d.R. nicht alleine bewältigt werden. Projektpartner in MV ist das Breitbandkompetenzzentrum. Dies erhält Beratungskostenzuschüsse in Höhe von bis zu 50 T€/Projekt. Die Höhe der einzelnen Projekte hängt auch maßgeblich davon ab, ob das Kabel direkt in die Gebäude (FTTB) oder bis an das Grundstück ("Bordstein"- FTTC) verlegt wird. Ein Fördermodell könnte sein, die Kommunen finden einen privaten Betreiber. Dieser berechnet das Projekt und weist eine Wirtschaftlichkeitslücke aus. Die Lücke wird dann Gegenstand des Förderantrages. Die Fördermittel werden im "Windhund Verfahren" vergeben, wobei nur entscheidungsfähige Anträge einbezogen werden. Die Förderhöhe wird mit Hilfe eines Scoringverfahrens (28 Kriterien) ermittelt.

Die konkrete Versorgungssituation für Hagenow kann jeder unter [www.breitbandatlas.de](http://www.breitbandatlas.de) einsehen. Das Stadtgebiet ist durch die Telekom und Kabel Deutschland bereits aktuell zu mehr als 95 % mit 50 Mbit Übertragungsraten versorgt. Ein Problem stellen die Gewerbegebiete Sudenhof und Steegener Chaussee dar, ebenso die Ortsteile von Hagenow.

Die Gewerbegebiete können über das Wirtschaftsministerium im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung (GA) unabhängig vom neuen Förderprogramm finanziert werden. Problem dabei ist, dass der "Kuchen" des verbleibenden Projektgebietes dann kleiner und ggf. auch unattraktiver für Netzbetreiber wird, denn nach sieben Jahren muss sich das geförderte Netz alleine rechnen. Hier muss dann mit den anliegenden Gemeinden über einen neuen Zuschnitt des Gebietes gesprochen werden.

Herr Schlink weist darauf hin, dass es jetzt darauf ankommt ein Konzept zu entwickeln, welches allen Bürgern im Amtsbereich der Stadt einen Zugang zu einem leistungsfähigen Internet ermöglicht. Die finanziellen Belastungen für den Haushalt müssen durch die Stadtvertretung oder den Hauptausschuss gefällt werden.

Frau Lagemann betont, dass natürlich auch das Land die entsprechenden Mittel haushaltstechnisch einplanen muss, um den Kommunen Sicherheit zu geben, dass

diese nur mit max. 10 % Projektanteil belastet werden.

Herr Strauß bittet Herrn Masche zur nächsten Sitzung über den aktuellen Fortgang zu berichten.

Herr Masche bittet den Ausschuss sich trotz der finanziellen Lage der Kommune zu positionieren, um dem Thema eine Bedeutung für die Priorisierung von Projekten im Hause zu geben. Insbesondere für die weitere Vermarktung der Gewerbeflächen im Sudenhof bedarf es eines "Nachteilsausgleiches" für die nicht gegebene Autobahn-anbindung. "Wir überholen nicht auf der Straße sondern auf der Datenautobahn."

Frau Schmülling wünscht sich eine Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden und dem Amt Hagenow Land, weil auch dort Betriebe ansässig sind, um die gesamte Region um Hagenow zu entwickeln.

Frau Lagemann spricht die Empfehlung aus, dass zur Erhaltung und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Hagenow der Breitbandausbau in den Gewerbegebieten vorrangig betrieben werden sollte, wobei das Land die finanzielle Situation der Haushaltssperre in der Mittelbereitstellung berücksichtigen sollte. Sie bittet Herrn Holter dies mit in die anstehenden Gremiensitzungen auf Landesebene zu nehmen.

## **6. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Strauß stellt die Frage, warum der neue Bürgermeister nicht an der Sitzung teilnimmt und sich dem Ausschuss vorstellt?

Frau Lagemann verweist darauf, dass Herr Möller erst drei Tage im Amt und sicherlich noch mit der Übernahme der Amtsgeschäfte beschäftigt ist. Sie schlägt vor, Herrn Möller zu bitten, an einer der nächsten Sitzungen teilzunehmen. Der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Weiter fragt Herr Strauß warum es zur Schließung des KON gekommen ist und er als Stadtvertreter dies aus der Presse erfährt?

Herr Masche verweist auf die Information der Fraktionsvorsitzenden im Vorfeld. In der Pressemitteilung sind die Ursachen benannt worden. Die Dringlichkeit des Handelns war auch aus Tatbeständen der GmbH Gesetzgebung abzuleiten. Möglich wurde die Ruhendstellung durch die Bereitschaft des Landesförderinstitutes (Lfi) einer zeitweiligen Aussetzung der Fördermittelbindungsfrist zuzustimmen. Durch die Stilllegung der Geschäfte bleibt der GmbH-Mantel bestehen und kann für die Umsetzung neuer Ideen wieder genutzt werden. Es kann aber auch jeder andere private Unternehmer sich mit seinem Geschäftsmodell für den Betrieb des KON bewerben. Entscheidend ist, ob der Fördermittelgeber den Business Case im Sinne einer Jugendbegegnungsstätte akzeptiert oder bereit ist, ganz auf die Fördermittelbindung zu verzichten.

Herr Schlink äußert, dass unter den Stadtvertretern der Weiterbetrieb des KON

schon seit Jahren kritisch gesehen wurde und begrüßt die jetzige Lösung, die kein Ende für das KON bedeutet sondern die Chance für einen Neubeginn.

## **7. Schließung des öffentlichen Teils**

**Nichtöffentlicher Teil:**

## **8. Abwicklung der Tagesordnungspunkte des nichtöffentlichen Teils**

## **9. Beratung zum Haushaltssicherungskonzept**

Herr Masche stellt eingangs fest, dass er heute in der Funktion als Wirtschaftsförderer die in die Verantwortung des Ausschusses fallenden Positionen aus den Haushaltssicherungsmaßnahmen erläutern wird und bittet den Ausschuss eine Empfehlung abzugeben.

Zunächst verweist er darauf, dass bei Greifen aller vorgeschlagenen Maßnahmen das Ergebnis siebenstellig negativ bleibt und insofern der Konsolidierungsprozess mit diesen Vorschlägen noch nicht abgeschlossen ist.

Die Maßnahmen werden Veränderungen und Belastungen für Menschen innerhalb und außerhalb des Rathauses mit sich bringen. Darum muss man verantwortungsvoll damit umgehen und die Mitarbeiter und Bürger in diesem Prozess mitnehmen. Auf der Einnahmenseite sind ca. 500 T€ Mehrbelastungen für die Bürger vorgesehen. Die Bürger von Hagenow hatten 2014 eine Kaufkraft von insgesamt ca. 210 Mio. €. Diese ist von 2013 auf 2014 um ca. 4,2 Mio. € (373 € pro Person) gestiegen. Hagenow gehört zu den einkommensstärksten Kommunen Mecklenburgs. Vor diesem Hintergrund hat die Stadtverwaltung diese Vorschläge erarbeitet.

Auch der Investitionshaushalt ist deutlich defizitär, wenn notwendige Zukunftsinvestitionen wie im ISEK und im Entwurf des Marketingkonzeptes genannt, durchgeführt werden sollen. Die Chancen liegen jedoch in der sehr guten Eigenkapitalausstattung in der Bilanz der Stadt Hagenow. Auch wenn im Einzelfall die Buchwerte nicht den Marktwerten entsprechen sollten und dadurch Buchverluste entstehen, kann über den Verkauf von nicht betriebsnotwendigem Vermögen das Kapital für die Zukunftsinvestitionen beschafft werden. Hinzu kommt das durch Investitionen, wie zum Beispiel in die Europaschule bei einer 70 %igen Förderung bilanziell wieder neues Eigenkapital entsteht, so dass eine Überschuldung der Stadt Hagenow überhaupt nicht zu befürchten ist.

Als ersten Punkt stellt Herr Masche die Gewerbesteuererhöhung von 340 % - Punkte auf 370 % - Punkte vor und ordnet sie in das Steuerumfeld von Westmecklenburg ein (nach Schwerin mit 420 % zweithöchste Gewerbesteuer, deutlich über Zarrentin und Wittenburg).

Der Ausschuss empfiehlt eine Erhöhung mit "Augenmaß" ggf. auf 350 % - Punkte, um damit das Niveau von Ludwigslust zu halten (bisher Platz zwei).

Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen bei der Hundesteuer und Vergnügungssteuer werden in der Tendenz akzeptiert. Mit Blick auf ein sauberes Stadtbild empfiehlt der Ausschuss bei der Hundesteuer weitere Erhöhungen zu prüfen.

In einem nächsten Punkt weist Herr Masche auf die vorgesehene Schließung des Bades in der Bekow hin, welche der im Marketingkonzept vorgeschlagenen touristischen Aufwertung der Bekow entgegen laufen kann. Es wäre unter Umständen sinnvoll zu prüfen, ob nicht durch eine Kopplung mit neuen touristischen Produkten die Einkommenssituation auch für das Bad verbessert werden kann.

Der Ausschuss empfiehlt, das Bad weiter in Regie der Stadt zu betreiben.

Im Weiteren bittet Herr Masche die Ausschussmitglieder sich zum Verkauf des Festplatzes, der Schließung des Weihnachtsmarktes und des WC am Parkplatz Lange Straße zu positionieren, da diese Maßnahmen Einfluss auf die Attraktivität des Standortes für Einheimische und Touristen haben werden.

Der Ausschuss empfiehlt diese Maßnahmen nicht umzusetzen.

Die Erhöhung der Eintrittsgelder im Museum wird vom Ausschuss mitgetragen, da diese offensichtlich unter den üblichen Marktpreisen liegen und die Besucher mit der angedachten Erweiterung der Ausstellung ein größeres Angebot erhalten.

Die Erhöhung der Parkgebühren wird vom Ausschuss akzeptiert, wenn die Parkzeiten den tatsächlichen Parkfrequenzen angepasst sind, das heißt attraktive Freiparkzeiträume sichergestellt werden. Erst wenn diese überschritten werden, dann sollten mit anderen Städten vergleichbare Gebühren erhoben werden.

Abschließend machte Herr Schlink auf die seines Erachtens gegebene Ungleichbehandlung von den Stadtwerken und der Wohnungsbaugesellschaft (Wobau) in Bezug auf deren Konsolidierungsbeiträge aufmerksam.

Herr Masche erwidert, dass auch mit der Wobau Gespräche über weitere Beiträge geführt werden.

Im Weiteren diskutiert der Ausschuss über die vorgeschlagene Zusammenlegung der Ausschüsse. In der Tendenz wird die Maßnahme mitgetragen.

Abschließend macht Herr Schlink den Vorschlag die Satzung über die Leistungen des Bauhofes insbesondere die Kosten für den Technikverleih zu überprüfen. Diese erscheinen deutlich zu niedrig.

Frau Schmülling schlägt vor, den Anwohnerparkern in der Langen Straße und den Geschäftsleuten bezüglich ihrer Passanten Aufsteller die Möglichkeit von Daueraufträgen als Bezahlvariante einzuräumen. Dies schafft bei Stadt Liquidität und spart Verwaltungsaufwand im Vergleich zur jährlichen Beantragung und Zahlungsaufforderung.

spart Verwaltungsaufwand im Vergleich zur jährlichen Beantragung und Zahlungsaufforderung.

## 10. Information der Verwaltung

Herr Masche berichtet über einen Termin mit einem Planungsbüro und Vertretern des STAUN zur Suche eines geeigneten Standortes für ein Recyclingunternehmen. Es wurden drei Standorte besichtigt. Zwei im Sudenhof außerhalb des Gewerbegebietes und einer in der Steegener Chaussee.

Die Standorte im Sudenhof würden für den Unternehmer mit erheblichen Kosten verbunden sein, allein durch Umweltauflagen. Die Stadt wird dem Unternehmer in einem Gespräch einen Kostenvergleich vorlegen, damit dieser sich entscheiden kann. Zu dem Gespräch werden wieder die Fraktionsvorsitzenden eingeladen.

Die Frage des Verkehrsaufkommens und die daraus entstehende Belastung für die Anrainer an den unterschiedlichen Standorten werden kontrovers diskutiert.

Anschließend bittet Herr Masche um einen Ersatztermin für die krankheitsbedingt ausgefallene Sitzung, damit das Marketingkonzept weiter behandelt werden kann. Dabei geht es jetzt um die eigentliche kreative Arbeit zur Markenfindung. Es ist geplant, zwei Gäste aus dem Marketingbereich zur Unterstützung einzuladen.

Es wird der 18.11.2015, Beginn 18.15 Uhr festgelegt.


Abschließend schlägt Frau Lagemann vor, im Anschluss an die letzte Sitzung 2015 traditionsgemäß das Weihnachtsessen in der "Perle am Mühlenteich" durchzuführen.

Der Vorschlag wird angenommen.

## 11. Schließung der Sitzung

Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 21.00Uhr.

  
Vorsitzende

  
Schriftführung